

# Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer 25 241  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M., halbjährlich 125,- M., jährlich 225,- M. Bei Familienbestellungen, Einzelnen unter 20 Jahren u. Wohnungswahl, 10prozentige Ermäßigung. Bei Vorbestellung laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Voranzahlung. Einzelnummer 1,50 M.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Markenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neppach & Reichardt in Dresden.  
Telef.-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers zulässig. - Unveränderte Schriftsätze werden nicht angenommen.

**Transportable Herde**  
In Schmiedeeisen und Guß - Bevorzugte Fabrikate  
Prometheus-Gaskocher und Herde  
**Florian Czockerts Nachfolger** Ferdinand Wisner  
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Feinste Ledertaschen + Damentaschen  
Elegantes Reisegepäck  
26 Prager Straße **Wolff Mäter** Prager Straße 26

Gute Bücher sucht zu kaufen  
**Lexikon von Meyer u. Brockhaus**  
sowie andere, besonders größere Prachtwerke  
**Buchhandlung Joh. Schreitmüller**  
Bautzner Straße 41 Fernruf 15688

**SIZZI** der **DUFT** des **ORIENTS** - Flasche 25,00 - 55,00 - 70,00 - **Paul Schwarzlose** Dresden-A. Schloßstr. Nr. 13

## Mostau für Sonderverhandlungen mit England

**Der Entschluß der Volkskommissare.**  
Stauer Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.  
Moskau, 6. Mai. Am Mittwoch lief bei dem stellvertretenden Volkskommissar des Außenwesens, Katsch, eine sehr lange Drahtnachricht aus Genoa ein, worauf der gesamte Rat der Volkskommissare und der erweiterte Ausschuß der Zentralregierung, mit Kollin an der Spitze, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen wurde. Die Sitzung war nur kurz. Es heißt, daß auf Antrag des Vorsitzenden der Zentralregierung die Antwort nach Genoa verschoben wurde, um dem am Freitag zusammen tretenden Plenum der Zentralregierung die Entscheidung zu überlassen. Lenin soll sich entschieden dafür eingelassen haben, daß die Räteregierung auf weitere Verhandlungen in Genoa verzichtet und sich lieber in Moskau verhalten möchte. Lenin soll sich entschieden dafür eingelassen haben, daß die Räteregierung auf weitere Verhandlungen in Genoa verzichtet und sich lieber in Moskau verhalten möchte.

schaffen. Zu diesem Zweck habe sie neue direkte Steuern aufgestellt. Für die Organisierung des Finanzsystems hoffe er auf die Annahme der Wünsche, die von seiner Delegation auf der Genueser Konferenz vorgebracht wurden.  
**Die Fragen der Garantien.**  
die Ausland für die vom Auslande eventuell bewilligten Kredite bieten können, seien in der Denkschrift summarisch dargestellt. Die Garantien beständen in den Staatseinnahmen, Zöllen, Erträgen der Ausfuhr (die Ausfuhr ist in Rußland Monopol des Staates) und schließlich in einer großen Anzahl von Garantien enthalten in verschiedenen Konzeptionen für die Landwirtschaft, Industrie usw., die die russische Regierung den ausländischen Kapitalisten gewähren würde.  
**Vor einem italienisch-russischen Abkommen?**  
Paris, 5. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Intransigent“ in Genoa telegraphiert, alles deutet darauf hin, daß ein Abkommen zwischen Rom und Moskau vor dem Abschlusse steht. (W. T. N.)

## Die gepanzerte Faust am Rhein.

„Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein, und ob sie, wie die Raben, sich heißer danach schreien!“ So sangen unsere Väter und ahnten nicht, daß die lebensfrohe rheinische Bevölkerung noch einmal einer so schweren Leidenszeit unter der gepanzerten Faust des französischen Imperialismus ausgesetzt sein würde. Wir im Herzen des Reiches, die wir dem fremden Zugriff nicht so unmittelbar preisgegeben sind, verfallen unter Einwirkung der elenden Sorgen leicht einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber den Vorgängen im Westen und vergessen, daß dort eine ferndeutsche Bevölkerung tagaus, tagein einen aufstrebenden Kampf um die Behauptung ihrer nationalen Eigenart gegen militärische und wirtschaftliche Mißfakte und außerdem noch gegen ein raffiniertes System französischer Kulturpropaganda führen muß. Ein Vorbild in den rheinischen Räten könnte das Herannahen des Termins sein, an dem die erste Räumung im besetzten Gebiete vollzogen werden muß, der 28. Juni 1922. Die Hoffnung auf diesen Tag der Befreiung wird aber verdunkelt durch die unerbittlichen Bestrebungen der französischen Gewalttäter, das, was sie einmal in ihren Pranken halten, nicht wieder herauszugeben, sondern mit allen Mitteln die vollständige Annexion des vom Reich und seine Angliederung an Frankreich zu betreiben. Welche Absichten der französische Nationalismus verfolgt, wenn man sie jedes verhüllenden Heureka-Verfälscht, hat eines seiner führenden Organe, die „Action Française“, das Sprachrohr des Revanchepatrioten Léon Daudet, dieser Tage in einem hoch- und rabelschraubenden Artikel mit den Worten offenbart: „Man muß in Deutschland einmarschieren, man muß in seine Städte dringen, man muß die widerwärtige Einheit seiner kaiserlichen Republik vernichten, man muß auf seinem ganzen Gebiete die Einrichtungen treffen, die uns den Eingang der Reparationen verbürgen.“ Den Elementen von solcher Geistesverfälschung geht die bisherige Entwicklung zu langsam. Sie wollen einen raschen Hauptschlag führen, der die Dinge am Rhein stützend im französischen Sinne entscheidet, und zu dem Zwecke hat man den Plan der Neutralisierung des Rheinlandes, der bereits früher einmal aufgestellt, aber dann in die politische Kumpfkammer verworfen war, neuerdings hervorgeholt. Die Rheinländer sollen durch Volksabstimmung entscheiden, ob sie bei Deutschland verbleiben oder das Gnadenackens eines neutralen, von jeder engeren Verbindung mit dem Deutschen Reich losgelösten Staatswesens aus der Hand der Entente entgegennehmen wollen. Was ein solcher „neutraler“ Staat bedeuten würde, liegt auf der Hand. Es würde ihm genau so ergehen, wie dem „neutralen“ Belgien, d. h. er würde mit Haut und Haaren sich dem französischen Militarismus verschreiben und als dessen Sturmbold gegen Deutschland dienen müssen. Ein Gerücht will wissen, daß auch Lloyd George diesen Plan unterstütze, weil er davon erhofft, daß Frankreich sich auf Grund einer derartigen „Grenzsicherung“ zum Entgegenkommen in der Abrüstungsfrage bereitfinden lassen werde. Das wird aber wohl lediglich Pariser Stimmungsmache sein. Bis zum Beweise des Gegenteils läßt sich unmöglich glauben, daß der fluge englische Premierminister geneigt sein könnte, um einen solchen Preis eine Verminderung der französischen Bewaffnung zu erkaufen. Deutschland wäre dann zu völliger dauernder Ohnmacht verurteilt und der französischen Alleinherrschaft auf dem Kontinent stände kein ernstliches Hindernis mehr im Wege.

### Moskau und das Memorandum.

Berlin, 6. Mai. Wie die „Post, Ztg.“ aus Genoa meldet, sind gestern unter Führung Joffes mehrere Mitglieder der russischen Delegation nach Moskau abgereist zur Berichterstattung über das russische Delegation überreichte Memorandum. In Moskau werde über das Memorandum endgültig Beschluß gefaßt werden.  
Genoa, 6. Mai. Ueber den Inhalt der Antwort der russischen Delegation weiß der Genueser Berichterstatter des „Berl. Post.“ zu berichten, die Sowjetregierung würde erklären, die weichen der von den Alliierten gemachten Forderungen, falls sie erfüllt werden würden, Rußland nicht so sehr von Rußen, wie Kapital und Export der Alliierten. Sie würden hervorheben, was die Sowjets brauchen, wären Staatsanleihen, und sie würden hinzufügen, daß solche Anleihen selbstverständlich die Anerkennung der russischen Schuld bedeuten würden. Ferner würden sie ausführlich auseinandersetzen, warum einige Artikel der Erklärung der Alliierten, besonders die bezüglich der Schulden und der Restitution, nicht annehmbar sind, ohne fundamentale Grundzüge des Sowjetismus aufzugeben.  
Die Ansichten, daß sich die Alliierten zu einer Kreditgewährung im großen Maßstabe an die Sowjetregierung entscheiden werden, dürften nach allem, was man auch von maßgebender englischer Seite hört, sehr gering sein.

### Polnisch-russische Besprechungen.

Genoa, 5. Mai. (Spezialbericht des Vertreters des W. T. N.) Weßern hatten Tschitscherin und Skitman anlässlich eines gemeinsamen Essens eine politische Besprechung. Wie verlautet, galt die Unterhaltung vor allem dem Vertrage von Riga.

### Frankreichs und Belgiens endgültige Ablehnung des Memorandums an Rußland?

Genoa, 6. Mai. Die heutige Zusammenkunft zwischen Parichon und Lloyd George hat gestern Abend ein Vorspiel gelunden, das die ganze Schwere der Lage zeigt. Lloyd George hat dem italienischen Außenminister Schanzer offiziell als Vertreter des Präsidenten der Konferenz die Mitteilung gemacht, daß Frankreich sich mit der belgischen Haltung identifiziere, also an dem Memorandum an die Russen nur teilnehmen könne, falls der belgische Antrag in der Frage des nationalisierten Eigentums von den Mächten angenommen würde, während im anderen Falle Frankreich keine Unterschrift unter das Memorandum nicht geben könne. Vorausgegangen war dieser offiziellen französischen Mitteilung ein Wunsch des belgischen Delegationsführers Jaspars bei Schanzer, bei dem der Belgier noch einmal erklärte, daß Belgien aus Gründen der inneren Politik ausserstande sei, von der einmal eingegangenen Haltung abzuweichen, die von sämtlichen Parteien einschließlich der Sozialisten gefordert werde. Diese beiden Erklärungen lassen den Schluss zu, daß Belgien und Frankreich sich tatsächlich in der Russenfrage von den übrigen sieben Mächten trennen wollen, daß also ein einheitlicher Votum mit den Russen auf der Konferenz unmöglich werden wird.  
Im Widerspruch zu dieser Meldung befindet sich der nachstehende Bericht des belgischen Bureaus. Es bleibt also wohl vorerst abzuwarten, ob die Belgier nicht doch noch von ihrer hartnäckigen Ablehnung abgehen werden. In der erwähnten Meldung des W. T. N. heißt es:  
London, 6. Mai. Nach einer aus Genoa heute nacht kurz nach 12 Uhr abgegangenen Fernmeldung wird allgemein angenommen, daß der belgische Außenminister nicht bei seiner Haltung verharren werde und daß daher die französische Unterzeichnung für Belgien nicht in Kraft zu treten brauche. Es sei auch zu erwarten, daß Frankreich und Belgien das Rußland übergebene Memorandum in seiner gegenwärtigen Gestalt annehmen würden. (W. T. N.)

### Belgien erwartet größere Konzessionen Rußlands.

Brüssel, 6. Mai. Dem letzten Ministererrat wurde eine Mitteilung des in Genoa weilenden belgischen Ministers Jaspars bekanntgegeben, wonach die Russen mehr Konzessionen machen wollten. Es sei als ziemlich sicher anzunehmen, daß sie durch die ungünstige Lage in Rußland geneigt werden, nach und nach alle Bedingungen der Alliierten zu genehmigen.

### Eine russische Denkschrift über die innere Lage

2 1/2 Milliarden Kreditbedarf. - Die industrielle Umstellung Rußlands. - Staatseinnahmen und Zölle als Garantien.  
Genoa, 5. Mai. (Spezialbericht des W. T. N.) Der russische Delegierte Katsch hat dem Präsidenten der Finanzkommission eine lange Denkschrift überreicht, in der er die der Unterkommission für Kreditfragen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Rußlands gegebene Darstellung ergänzt. Die Denkschrift verzeichnet vor allem die von der Sowjetregierung getroffenen Maßnahmen zur Bedienung der landwirtschaftlichen Produktion, Unterdrückung der Requisitionen der Ernten, Proklamierung der Handelsfreiheit, Überlassung von Parzellen an die Bauern auf sechs Jahre und Zulassung der Lohnarbeit. Die Maßnahmen der Sowjetregierung konnten leider die vorhergehenden Wirkungen der Hungersnot nicht verhindern. Die Sowjetrepublik hande dem schwereren Problem gegenüber, den Hunger zu bekämpfen und gleichzeitig Saatgut für 1921 und 1922 sicherzustellen. Wie die Sowjetregierung verfuhr, diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu überwinden, ergibt sich aus den Zahlenstatistiken in seiner Denkschrift. Im Verlaufe zu der riesigen Aufgabe der Wiederherstellung der Landwirtschaft in Rußland seien die Hilfsquellen des Staates und des Landes unzureichend. Darum ergebe sich die Notwendigkeit, vom Auslande Kredite zu erhalten.

### Abtrünnigen der Tscheco-Slowakei von Frankreich.

Prag, 6. Mai. Der nationalsozialistische „Gazette Slova“, der gute Beziehungen zum Außenministerium unterhält, äußert zu der Frage der so genannten „Tscheco-Slowakei“ an diesem Tage nicht so sehr, sondern sich der Ansicht Englands und Italiens anschließen müßte. Komme es in Genoa nicht zu einer Einigung aller Staaten mit Rußland, dann werde der deutsch-russische Vertrag nicht vereinbart werden. England und Italien würden ähnliche Verträge schließen, und auch Polen werde sich dem Luxus einer dauernden wirtschaftlichen Isolierung zwischen Rußland und Deutschland nicht leisten können. Die Tscheco-Slowakei müsse, auch wenn sie sich keine augenblicklichen wirtschaftlichen Folgen von der Wiederannahme der Beziehungen zu Rußland versprechen würde, schließlich doch ihr Verhältnis zu diesen Staaten vom Standpunkte der eigenen Interessen revidieren. In diesem Falle nicht identisch seien mit den französischen Interessen.

### Die unumgänglich notwendige Kreditsumme betrage

2 797 000 000 Goldrubel,  
die in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren in der Landwirtschaft investiert werden müßte. Die Hauptreform, um zur Neuorganisation der Staatsarbeiten zu gelangen, bestünde in der Dezentralisation. Jedes Dorf oder jede Gruppe von Dörfern müsse heute selbst für den eigenen Betrieb Sorge tragen und eine eigene Bilanz haben. Die Verantwortlichkeit für die Entwicklung der industriellen Werke falle somit auf diese Weise auf die Verwaltungsorgane. Die Verwaltungsorgane seien dadurch, daß der Staat nur in ganz bestimmten Fällen eingreife, unabhängig gemacht worden von den Arbeiterberufsorganisationen, deren Wirksamkeit sich auf die strenge Überwachung der Arbeitsschulung beschränke.

In den letzten vier Jahren seien 4335 Werks-Eisenbahn gebaut worden. Die Abwicklung für Seeschifffahrt nahm bedeutende Bauten in den russischen Häfen vor. Schätzungsweise werde für die Wiederherstellung des Eisenbahntransportwesens ein Betrag von 5 Milliarden Goldrubel notwendig sein, wovon die Hälfte vom Auslande geliefert werden müßte. Die russische Regierung habe nach dem Frieden mit Polen ihre ganze Bemühung darauf gerichtet, den Emissionen ein Ende zu bereiten und eine normale Bilanz zu

Die rheinische Bevölkerung wird aber schon selbst dafür sorgen, daß die französischen Völker nicht in den Himmel wachsen können. Die Franzosen denken bei ihrem Vorschlag der Volksabstimmung offenbar an das berüchtigte Plebiszit Napoleons III., bei dem dank einer mit Hochdruck arbeitenden behördlichen Abstimmungsapparatur alles so schön klappte, daß Napoleon sich selbstgerecht vor aller Welt auf die „einmütige“ Zustimmung der Nation zu seinem Vorgehen berufen konnte. So geht das aber im Rheinlande nicht. Da pfeift der Wind aus einer anderen Richtung, die durch das deutsche Freigeldbrot sämtlicher maßgebenden rheinischen Parteien vom Zentrum bis zur Mehrheitssozialdemokratie bezeichnet wird. Besonders bemerkenswert ist an dieser vom Geiste einer hinacombenden nationalen Opferbereitschaft getragenen Kundgebung die vorbehaltlose Erklärung, daß die Rheinländer nicht nur fest zum Reich stehen, sondern daß sie mit derselben unerfütterlichen Treue an Preußen hängen und nicht daran denken, sich von ihm zu trennen. Dies ist klipp und klar ausgesprochen, so daß ein Zweifel über den Sinn der Worte nicht möglich ist. Damit hat sich in der Bestimmung der Rheinländer gegenüber Preußen ein grundlegender Wandel vollzogen und es kann nun keine Rede mehr davon sein, daß im Rheinlande noch eine irgendwie beachtliche Bewegung mit dem Ziele der Loslösung von Preußen im Betracht käme. Dorten und Smeets mit ihren paar verräterischen Schilbnapfen sind längst als Abtrünnige der allgemeinen Verachtung anheimgefallen und fristen nur noch ein kümmerliches Dasein, das